

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 10. und 11. Ratssitzung vom 9. Juli 2014

245. 2014/159 Weisung vom 21.05.2014 Finanzdepartement, Zusatzkredite I. Serie 2014

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

- A. Für das Jahr 2014 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite I. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
1. Zusatzkredite	11 277 600	12 691 000
2. Kreditübertragungen	+2 320 200 -2 320 200	+0 -0
Zusatzkredite brutto	11 277 600	12 691 000

- B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
- den Zusatzkrediten von	11 277 600	12 691 000
- den Kreditübertragungen von	+2 320 200	+0
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
- verursachte Minderaufwendungen bzw. Minder- ausgaben aus den Kreditübertragungen von	-2 320 200	-0
- Minderaufwendungen/Mehrerträge bzw. Minder- ausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkredi- ten von	-351 000	-12 000 000
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	10 926 600	691 000

Eintretensdebatte:

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt die Präsidentin Rebekka Wyler (SP) die Weisung zu den Zusatzkrediten I. Serie 2014 und die Kommissionsmehrheit vor.

2 / 22

Rebekka Wyler (SP): Mit den Zusatzkrediten der ersten Serie werden jeweils auch die pauschal bewilligten Budgetkredite für das städtische Lohnsystem auf die Lohntitel der einzelnen Dienstabteilungen übertragen. Dazu erhält die RPK eine detaillierte Liste. Für die laufende Rechnung wurden Zusatzkredite in der Höhe von 10 926 600 Franken beantragt, für die Investitionsrechnung belaufen sich die Zusatzkredite auf 691 000 Franken. Die Höhe der Zusatzkredite ist deutlich tiefer als im Vorjahr. In den Zusatzkrediten sind einige spezielle Positionen enthalten. So konnten beispielsweise die Stellen der OIZ nahtlos besetzt werden. Auch gibt es Zusatzkredite für Planungen und Projektierungen im Baubereich. Es gibt Projekte, die früher als erwartet in Angriff genommen werden können. Und es gibt Investitionen beim Elektrizitätswerk im Geschäftsfeld Energiedienstleistungen. Die RPK prüfte die beantragten Zusatzkredite und stellte zahlreiche Fragen an sämtliche Departemente. Die Antworten waren ausführlich. Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern A und B. Wir beantragen also die Bewilligung der Zusatzkredite nach der Bereinigung der Anträge und die Kenntnisnahme von Mehraufwendungen und Minderausgaben.

Kommissionsminderheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Im Namen der Minderheit beantrage ich die Ablehnung der Zusatzkredite. So gut wie keiner unserer Kürzungsanträge werden unterstützt. Angesichts der Finanzlage der Stadt erachtet die Minderheit diesen mangelnden Willen zu Kürzungen als problematisch. Wir brauchen keine weiteren Ausgaben, die Finanzlage der Stadt ist schlecht. Bei vielen Anträgen wird eine Korrektur von Budgetkürzungen verlangt. Dies ist nicht der Sinn von Zusatzkrediten. Es ist durchaus möglich, dass manche Ausgaben nicht vorhersehbar sind, jedoch sind die Beschlüsse dieses Parlaments zu respektieren. Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Die Stadt befindet sich in einer miserablen Finanzlage. Wir müssen darauf achten, wie wir mit den Finanzen der Stadt umgehen. Es ist unklar, wie die Stadt ihre Finanzen in den Griff bekommen möchte. Wir sollten das Budget nicht durch Zusatzkredite ausweiten. Falls unsere Anträge keine Mehrheiten finden, werden wir die Zusatzkredite ablehnen. Es ist untragbar, wenn beschlossene Budgetkürzungen über die Zusatzkredite rückgängig gemacht werden sollen.

Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Zusatzkredite I. Serie 2014 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK zu Dispositivpunkt A) zu genehmigen:

1.1 Dringliche Zusatzkredite

Antrag 1)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Es geht um den Aktienkauf bei der Betriebsgesellschaft Kongresshaus Zürich AG. Bis anhin besass die Stadt 2 % der Aktien und bekam nun weitere Aktien angeboten. Wir müssen auf die Finanzen achten. Es gibt Aufgaben, die in den Bereich der Stadt fallen und es gibt solche, die Privaten obliegen. Es scheint klar zu sein, dass diese Angelegenheit keine städtische Aufgabe darstellt. Zürich würde durch den Zukauf der Aktien zu einem der Hauptaktionäre. Sie erhofft sich dadurch einen Sitz im Verwaltungsrat. Angesichts der Finanzlage und des städtischen Aufgabenbereichs ist dies unnötig. Die Aktien wurden bereits gekauft, wir finden dieses Vorgehen sehr problematisch.

Dr. Urs Egger (FDP): Die Mehrheit beantragt Zustimmung zu diesem Antrag. Die Aktien wurden bereits gekauft.

S. 2	20 2000 525154	Finanzdepartement FD Zentrale Verwaltung Beteiligung an Betriebsgesellschaft Kongresshaus Zürich AG			
1)	Anträge der RPK				
	Antrag Stadtrat	476 0000		Mehrheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
	Verbesserung	476 0000			
	Begründung	Nicht notwendig.			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 21 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

2.1 Ordentliche Zusatzkredite

Antrag 2)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Es geht um Abfindungsentschädigungen für zwei Inhaber von Schulpräsidien, die diesen Sommer ausscheiden. Dieses Ausscheiden war bereits letztes Jahr bekannt, deshalb hätte dies bereits im normalen Budget angekündigt werden sollen.

Walter Angst (AL): Das Problem der Abfindungen ist der RPK bekannt. Der Stadtrat wurde durch eine Motion aufgefordert, die rechtlichen Grundlagen anzupassen. Solange diese Anpassung nicht vollzogen wurde, müssen wir uns an die geltende Praxis halten.



4 / 22

S. 2	10 1060 3010 0850	Behörden und Gesamtverwaltung Gesamtverwaltung Abfindungen für unverschuldete Entlassungen		
2)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	490 800	Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	490 800		
	Begründung	Ausgaben wären planbar gewesen.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 3)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Es geht um das Centre Le Corbusier, das Museum Heidi Weber. Die Baurechtsdauer für das auf einem städtischen Grundstück erstellte Centre Le Corbusier, Museum Heidi Weber ist am 13. Mai 2014 abgelaufen. Der Museumsbetrieb sollte möglichst rasch wiederaufgenommen werden. Die Kostenmiete für den Museumsbetrieb wurde von der Immobilien-Bewirtschaftung (IMMO) Anfang Jahr berechnet. Die Kostenmiete beträgt für das Jahr 2014 101 000 Franken und für die beiden Folgejahre je 161 000 Franken. Diese Angelegenheit ist keine städtische Aufgabe.

Samuel Dubno (GLP): Ursprünglich wurde die Gründung einer Stiftung für den Museumsbetrieb geplant, nun wird ein Auftragsverhältnis vorgesehen. Da die IMMO die entsprechenden Beträge über die Miete wieder einnehmen wird, entstehen für die Stadt effektiv keine Kosten.

S. 2	15 1501 3913 0000	Präsidialdepartement Kultur Vergütung an IMMO für Raumkosten		
3)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	101 000	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

5 / 22

	Neu	0	Minderheit	Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	101 000		
	Begründung	Städtische Beteiligung nicht notwendig.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 20 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 4)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Wir sehen den Umgang mit frühzeitigen Pensionierungen kritisch. Teilweise werden die Angestellten von der Stadtverwaltung angefragt, ob sie sich frühzeitig pensionieren lassen wollen. Wir sind dafür, diese Praxis entsprechend zu überdenken. In ein Sanierungsprogramm gehören auch solche Aspekte.*

Dr. Urs Egger (FDP): *Gemäss Personalreglement sind Frühpensionierungen möglich. Diese können nicht im regulären Budget eingeplant werden.*

S. 3	20 2015 3040 0000	Finanzdepartement Finanzverwaltung Personalversicherungsbeiträge		
4)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	64 100	Mehrheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
	Verbesserung	64 100		
	Begründung	Ablehnung der Praxis von frühzeitigen Pensionierungen.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 19 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 5)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): In der Stadt gibt es 20 500 Stellenwerte, die sich ungefähr auf 30 000 Mitarbeiter verteilen. Scheinbar können die beantragten 0,8 Stellenwerte von keiner bereits angestellten Person übernommen werden. Die Stadt sollte sich um die Sanierung ihrer Finanzen kümmern.

Walter Angst (AL): Nicht jeder städtische Mitarbeiter oder jede Mitarbeiterin kann sämtliche Aufgaben übernehmen. Das Vorgehen entspricht den Vorgaben, wir sollten diesem Antrag zustimmen.

S. 4	20 2050 3010 0000 3030 0000 3040 0000 3050 0000	Finanzdepartement Human Resources Management Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge		
5)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	66 900 5 000 8 000 200	Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	80 100		
	Begründung	21 000 städtische Mitarbeiter müssten ausreichen, um die 0,8 Stellenwerte abzudecken.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 6)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Hier geht es um das Case Management. Die Kosten im Case Management steigen stetig. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Verantwortlichen die Kosten im Griff haben. Wir müssen überprüfen, ob die Einführung des Case Managements tatsächlich gut war.

Walter Angst (AL): Das Case Management ist aus unserer Sicht ein Erfolgsmodell. Langfristig sind die Kosten für die Allgemeinheit tiefer, wenn das Case Management weitergeführt wird.

S. 4	20 2051 3011 0000 3030 0000 3040 0000 3050 0000	Finanzdepartement Stadtweites Case Management am Arbeitsplatz Löhne der Teilnehmenden an Einsatzprogrammen Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge		
6)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	278 500 22 700 76 900 1 500	Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	379 600		
	Begründung	Zu hohe Steigerung im Case Management.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 7)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Rebekka Wyler (SP): In der OIZ konnten Stellen nahtlos wiederbesetzt werden. Deshalb beantragt der Stadtrat einen Zusatzkredit. Die OIZ liegt noch immer unter dem Sollwert.

Walter Angst (AL): Die beschlossene Plafonierung der Ausgaben hängt aus unserer Sicht nicht von der Anzahl besetzter Stellen ab, sondern vom Geld, das ausgegeben wird. Der Stadtrat will die beantragte Plafonierung der IT-Ausgaben nicht umsetzen, da er der Ansicht ist, dass die gestiegenen Ausgaben einen Beleg für die gestiegene Effizienz darstellen. Wir sind der Ansicht, dass eine Budgetübertragung möglich ist.

Weitere Wortmeldung:

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Die Kommunikation ist unglücklich verlaufen. Die OIZ wird das Budget nicht voll ausschöpfen. Die OIZ wird durch die Ablehnung dieses Zusatzkredits abgestraft, da sie sich bemühte genau zu budgetieren. Ich kann den Antrag auch ein weiteres Mal einbringen.

S. 4	20 2080 3010 0000 3030 0000 3040 0000 3050 0000	Finanzdepartement Organisation und Informatik Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge		
7)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	800 000 60 000 74 000 2 000	Minderheit	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	936 000		
	Begründung	Auftrag der IT-Plafonierung nicht erfüllt.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 52 Stimmen zu.

Antrag 8)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Samuel Dubno (GLP): Es geht hier um eine Korrektur eines Budgetentscheids. Die Mehrheit beschloss, dass die hohen Beträge, die von der Polizei zur Rekrutierung eingesetzt werden, gekürzt werden können. Die Mehrheit möchte an diesem Entschluss festhalten.

Roger Liebi (SVP): Es geht um die Sicherheit der Stadt. Wir können nicht riskieren, zu wenig Polizeipersonal zu haben. Die Sicherstellung der Sicherheit ist eine der Hauptaufgaben einer Gemeinde. Man könnte untersuchen, ob die Schwierigkeiten, die bei der Rekrutierung des Personals bestehen, mit der Leitung des Departements zusammenhängen.

Weitere Wortmeldungen:

Florian Utz (SP): Diese Ausführungen beziehen sich auf die Anträge 8 und 10. Es geht in beiden Anträgen darum, beschlossene Kürzungen rückgängig zu machen. Die SP ist der Ansicht, dass Budgetentscheidungen nur in begründeten Ausnahmefällen rückgängig gemacht werden sollen. Im vorliegenden Fall liegen keine neuen Tatsachen vor. Kürzungen verlaufen nicht schmerzlos. Wir bemühten uns um einen Mittelweg zwischen finanzpolitischer Verantwortung und zu starken Kürzungen. Bislang war die Praxis der SP zur Rückgängigmachung von Budgetentscheiden auch die Praxis des Gemeinderats.

Heute gibt es eine Praxisänderung von Seiten der SVP. Diese Praxisänderung wird dazu führen, dass weitere Änderungen der Budgetbeschlüsse angestrebt werden.

Felix Moser (Grüne): *Wir hinterfragen die Arbeit der Polizei kritisch. Aber es gibt nicht genügend Bewerbungen für neue Polizisten. Die Polizei erfüllt eine wichtige und anspruchsvolle Aufgabe und braucht dafür genügend Personal. Es gibt zu wenig Polizistinnen und Polizisten, die aus der Stadt kommen und die Stadt kennen. In der Werbung sollte auch die gesellschaftliche Funktion der Polizei betont werden.*

Walter Angst (AL): *In der Neuausrichtung der Werbung liegt das Potential für eine neue Positionierung der Polizei, die wir nicht unterbinden wollen. Sowohl die Polizei als auch die VBZ haben Mühe, genügend Personal zu finden. Die Werbung der Stadtpolizei kann verbessert werden. Auch die Optimierung braucht Geld.*

Dr. Urs Egger (FDP): *Wir sind mit dem Prinzip, dass Korrekturen am Budget nicht mit Zusatzkrediten durchgeführt werden sollen, einverstanden. Im Mai äusserte der Polizeivorsteher, dass es zu früh sei, die Kampagne Jobs für Secondos auszuwerten. Das Geld dafür wird jedoch bereits jetzt beantragt.*

Mauro Tuena (SVP): *Mit den Zusatzkrediten wird das Budget immer korrigiert. Entsprechend ist die Position der SP fragwürdig. Für die Stadtpolizei wird es immer schwieriger, geeignetes Personal zu finden. Die 24-Stunden-Gesellschaft hält die Polizei auf Trab.*

Guido Trevisan (GLP): *Je weniger Bewerbungen es gibt, umso mehr Geld muss investiert werden. Es geht um Effizienz und um die Frage, wie das Geld investiert wird. Es gibt sehr effiziente Werbeformen, die nicht kostenintensiv sind. Die möglichen Kandidaten können beispielsweise im Militär direkt angesprochen werden.*

Florian Utz (SP): *Ich habe klar gesagt, dass wir Budgetkürzungen, die von der SP mitgetragen wurden, nicht korrigieren.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Richard Wolff: *Die Gründe für die Ablehnung sind nicht stichhaltig. Es ist sehr schwer, geeignetes Personal zu rekrutieren. Ich habe den Eindruck, dass nicht versucht wird, zu verstehen, worum es geht. Die «Werbekampagne» für den Zusatzkredit ist suboptimal gelaufen. Wird der Zusatzkredit nicht genehmigt, wird eine Erneuerung des Polizeikorps verunmöglicht. Andere Polizeikorps können grössere finanzielle Mittel einsetzen. Wir haben weniger Bewerbungen. Die alte Kampagne ist acht Jahre alt, die neue Kampagne muss noch angepasst werden. Für die Anpassung und Umsetzung dieser Kampagne brauchen wir Geld.*



10 / 22

S. 5	25 2520 3092 0000	Polizeidepartement Stadtpolizei Personalwerbung		
8)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	250 000	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP)
	Neu	0	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Verbesserung	250 000		
	Begründung	Effizienterer Mitteleinsatz.		
			Enthaltung	Vizepräsident Walter Angst (AL)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 48 Stimmen zu.

Antrag 9)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Es soll ein neuer Masterplan zur Raumstrategie der Stadtpolizei erstellt werden. Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass der bisherige Masterplan auch mit internen Ressourcen angepasst werden kann. Das Polizeidepartement hat klare Vorstellungen.

Roger Liebi (SVP): Uns sind die Sicherheit und die Polizei wichtige Anliegen. Die Sicherheit gehört zu den Grundaufgaben einer Gemeinde. Zur Sicherheit gehört nicht nur das Personal, sondern auch die Organisation. Die Stadt verändert sich, die Organisation muss an diese Veränderungen angepasst werden. Die ehemals geplante totale Zentralisierung ist nicht realisierbar, deshalb wird eine teilweise Zentralisierung angestrebt. Dafür braucht es finanzielle Mittel. Die Gründe für die Ablehnung der Zusatzkredite sind unterschiedlich. Wir finden diesen Antrag notwendig für die Sicherheit der Stadt.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Urs Egger (FDP): Es geht hier um Reorganisationsmassnahmen. Die Reorganisation kann intern durchgeführt werden, es braucht dafür keine weiteren Ausgaben.

S. 5	25 2520 3182 0000	Polizeidepartement Stadtpolizei Entschädigungen für Planungs- und Projektierungs- arbeiten Dritter		
9)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	50 000	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
	Neu	0	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	50 000		
	Begründung	Soll mit Eigenmitteln realisiert werden.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 20 Stimmen zu.

Antrag 10)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Es geht um das forensische Institut und um die Rezertifizierung oder Erhaltung der Akkreditierung. Dieser Prozess findet alle fünf Jahre statt und ist gut planbar. Wir sind der Ansicht, dass diese Akkreditierung auch ohne externe Begleitung erreichbar ist.

Samuel Dubno (GLP): Die Mehrheit ist der Ansicht, dass dieser Kredit gewährt werden soll. Der Betrag wurde im Budget eingestellt und durch eine Mehrheit in diesem Rat gestrichen. Das forensische Institut braucht eine ISO-Zertifizierung. Wir haben in der letzten Budgetdebatte einen Fehler gemacht und sind bereit, diesen zu korrigieren. Diese Zertifizierung ist notwendig.

Weitere Wortmeldung:

Florian Utz (SP): Wir werfen dem Stadtrat keine Fehlplanung vor. Hier geht es nicht um die Zertifizierung an sich, sondern um die Projektbegleitung. Auf diese zusätzliche Projektbegleitung sollte angesichts der finanzpolitischen Situation verzichtet werden.

S. 5	25 2520 3186 0000	Polizeidepartement Stadtpolizei Entschädigungen für DLD im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung		
10)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	50 000		Mehrheit Samuel Dubno (GLP), Referent; Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürliemann (SVP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP)
	Neu	0		Minderheit Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Verbesserung	50 000		
	Begründung	Externe Begleitung nicht notwendig.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 59 Stimmen zu. Der Antrag des Stadtrats scheidet jedoch am Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse. Damit wird der Zusatzkredit nicht bewilligt.

Antrag 11)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): *Es wird versprochen, dass bei der IT-Hardware Geld eingespart wird, das für die Entschädigung für IT-Leistungen Dritter aufgewendet werden soll. Eine Kreditübertragung ist nicht möglich. Nichtsdestotrotz halten wir diesen Antrag für fragwürdig.*

Florian Utz (SP): *In diesem Fall hält sich die Polizei sinngemäss an den Entscheid des Gemeinderats. Die Polizei hat sich darum bemüht, die Mittel einzusparen. Wir erkennen den guten Willen der Polizei.*

S. 6	25 2520 3189 0000	Polizeidepartement Stadtpolizei Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter		
11)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	250 000		Mehrheit Florian Utz (SP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürliemann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP)
	Neu	0		Minderheit Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	250 000		
	Begründung	Mittels Kreditübertragung realisieren.		

13 / 22

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 21 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 12)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Es geht um die Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Lärmschutz. Es geht um einen Termin im Jahr 2018. Bis dahin müssen Bundesmittel gebraucht werden, um sie für diese Aktivitäten zu erhalten. Dieses Datum ist noch weit entfernt, wir finden nicht, dass der Prozess beschleunigt werden muss.

Florian Utz (SP): Im Zusammenhang mit dem Lärmschutz gibt es zwei Vorgaben. Einerseits muss die Lärmsanierung von Strassen bis 2018 abgeschlossen sein und andererseits müssen Anpassungen an der Quelle gegenüber Lärmschutzfenstern Priorität haben. Der Lärmschutz ist ein wichtiges Anliegen, eine Sanierung an der Quelle erscheint der Mehrheit sinnvoll. Sanierungen an der Quelle wirken auch, wenn die Lärmschutzfenster offen sind, sie führen zu einer Verbesserung der Luftqualität und zu mehr Sicherheit. Der Entscheid wirkt sich auch in finanzieller Hinsicht positiv aus. Der Bund zahlt lediglich bis 2018 einen Viertel der Sanierungskosten. Ab 2018 sind auch rechtliche und finanzielle Nachteile für die Stadt zu befürchten.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Wir lehnen diesen Zusatzkredit aus glaubwürdigen und stringenten Gründen ab.

Markus Knauss (Grüne): Der Lärmschutz ist in der Stadt ein wichtiges Thema. Viele Leute leben an Strassen, die zu laut sind. Wir haben zwei Sanierungsfristen unbenutzt verstreichen lassen, der Bund hat nun eine letzte Frist gesetzt. Die Stadt arbeitet bislang ziemlich mangelhaft. Im Kreis 2 wurde die Sanierung an der Quelle effizient durchgeführt. In den Stadtkreisen 7, 9, 10 und 11 wurden die Massnahmen schlecht umgesetzt. 99 % der Betroffenen müssen für die Lärmsanierung selbst aufkommen. Der Zusatzkredit ist dringend notwendig.

S. 7	30 3045 3180 0000	Gesundheits- und Umweltdepartement Umwelt- und Gesundheitsschutz Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter		
12)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	200 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP)

14 / 22

	Neu	0	Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Martin Bürli- mann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	200 000		
	Begründung	Angegebener Zeitdruck rechtfertigt externe Unterstützung nicht.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 45 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 13)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Es geht um Geräte und den Service der Geräte und Maschinen. Diese Maschinen sind scheinbar plötzlich in einem sehr schlechten Zustand. Dies wurde offensichtlich erst jetzt bemerkt. Es wurde mit Serviceverträgen argumentiert, die sich auf Nachfrage der RPK als teure Dienstleistungen herausstellten. Es hätte früher festgestellt werden sollen, in welchem Zustand sich die Maschinen befinden.*

Andrea Nüssli (SP): *Die Maschinen und Geräte wurden mutmasslich aus Kostengründen schlecht gewartet. Nun besteht Nachholbedarf.*

Weitere Wortmeldung:

Thomas Schwendener (SVP): *Diese Wartung und der Unterhalt der Maschinen sind planbar. Wir müssen schauen, ob sich die Kosten senken lassen. Die Serviceverträge sind fragwürdig und teuer.*

S. 7	40 4040 3151 0106	Hochbaudepartement Immobilien-Bewirtschaftung Unterhalt Maschinen, Geräte, Fahrzeuge: Verwaltung und öffentliche Einrichtungen		
13)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	160 000	Mehrheit	Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürli- mann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	160 000		
	Begründung	Effizienterer Mitteleinsatz, Serviceverträge sind planbar.		

15 / 22

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 39 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 14)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Raphaël Tschanz (FDP): Auch hier geht es um die Reparaturkosten von Geräten und Maschinen. Stossend ist die Höhe des Vertrags. Die Budgethoheit liegt beim Gemeinderat. Eine Beantragung eines Zusatzkredits mit der Begründung, dass dieser Betrag im Budget abgelehnt wurde, kann nicht unterstützt werden.

Andrea Nüssli (SP): Bei genauer Betrachtung der Zahlen stellt man fest, dass der Betrag bereits in der Rechnung 2013 fehlte. Dieser Zusatzkredit ist gerechtfertigt. Durch die Verzögerung des Erneuerungszyklus entstehen höhere Kosten. Bei der Budgetierung war unklar, wie viele zusätzliche Kindergärten und Horte neue Geräte brauchen werden.

S. 7	40 4040 3151 0204	Hochbaudepartement Immobilien-Bewirtschaftung Unterhalt Maschinen, Geräte, Fahrzeuge: Schule		
14)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	350 000	Mehrheit	Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	350 000		
	Begründung	Budget ist einzuhalten.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 39 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Die Debatte wird unterbrochen (Fortsetzung siehe Sitzung Nr. 11, Beschluss-Nr. 245/2014).

16 / 22

Die Debatte wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 10, Beschluss-Nr. 245/2014).

Antrag 15)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Der Betrag sollte um 800 000 Franken gekürzt werden. Ich kann Ihnen leider nicht sagen, weshalb, denn das ist geheim. Ich hoffe, Herr Odermatt, Sie können dem gewählten Gemeinderat ausrichten, weshalb Sie einen Zusatzkredit brauchen und weshalb ich dazu nichts sagen darf.

Rebekka Wyler (SP): Ich kann Ihnen immerhin sagen, was in der Weisung steht, das ist doch etwas mehr als das, was Roger Liebi gesagt hat. «Die Ausgaben für Rechtsfälle sind in Übereinstimmung mit den Rechnungslegungsgrundsätzen und den involvierten städtischen Stellen zukünftig in der laufenden Rechnung zu verbuchen.» Man möchte nicht jeden Rechtsfall öffentlich machen. Wir haben uns hier kundig gemacht. Es geht auch um technische Fragen, wie Rechtsfälle, die sich leider nicht vermeiden lassen, verbucht werden. Die Mehrheit der RPK bittet darum, dem Stadtrat zu folgen.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Es herrscht ein grundsätzliches Unbehagen über die Art und Weise, wie man die Weisung ablehnen oder befürworten soll. Wir würden unsere Gründe für die Ablehnung gerne bekannt geben. Es gibt noch nicht einmal eine genaue Begründung, warum man dafür ist. Wir wären deshalb froh, wenn der Stadtrat sagen könnte, für was das Geld unter Umständen eingesetzt wird.

Walter Angst (AL): Den RPK-Mitgliedern konnte nicht erschlossen werden, warum die Mitteilung geheim ist. Dies wurde nicht im Detail erklärt. Fest steht nur, dass es sich hier um ein Projekt im Schuldepartement handelt.

Mauro Tuena (SVP): Man kann nicht für etwas stimmen, wenn man gar nicht weiss, wofür das Geld ist.

Samuel Dubno (GLP): Die Mitglieder der RPK sind über die Sachlage informiert und wir vertrauen hier dem Stadtrat.

S. 7	40 4040 3180 0201	Hochbaudepartement Immobilien-Bewirtschaftung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter: Schule		
15)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	800 000	Mehrheit	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)



17 / 22

	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	800 000		
	Begründung	---		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 16)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Raphaël Tschanz (FDP): *Bevor man investieren kann, muss man planen. Wenn die Mittel für die Planung fehlen, müssen die Investitionen später realisiert werden. Vor allem ist die Frage zu klären, welche Investitionen zu welchem Zeitpunkt zu tätigen sind. Angesichts der finanziellen Lage der Stadt muss diese Prioritäten setzen. Die Weisung zur Leistungsüberprüfung 17/0 ist jetzt zwei Jahre alt und wir wissen immer noch nicht, wie der Stadtrat bis 2017 einen Ausgleich erreichen will. Aus Sicht der Minderheit liegen die Prioritäten bei den Schulen und bei den Alterszentren. Die Projekte Rote Fabrik und Amtshaus Helvetiaplatz sind nicht dringend und können zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden.*

Felix Moser (Grüne): *Beide Projekte müssen jetzt zustande kommen. Bei der Roten Fabrik handelt es sich um einen Wiederaufbau nach einem Brandschaden. Eine Streichung des Kredits hätte einen Planungsstopp zur Folge. Die Räume könnten nicht genutzt werden, was zu einer Einnahmenseinbusse führen würde. Beim Amtshaus Helvetiaplatz steht die Gesamtsanierung an, sonst kann das Sozialzentrum nicht umziehen, dadurch würden Kosten für ein Provisorium anfallen.*

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Dubno (GLP): *Es ist schon sonderbar, wenn wegen des Brandfalls Einnahmeausfälle bestehen in der Roten Fabrik, dass die Gegenseite, die bislang stets bemängelt hat, es werde nicht schnell genug saniert, nun einen Planungsstopp verlangt. Man kann nicht fordern, die Fremdmieten und Provisorien der Stadt einzuschränken und gleichzeitig einen solchen Kürzungsantrag stellen.*

Markus Knauss (Grüne): *Das Sozialzentrum befindet sich derzeit in einer kantonalen Liegenschaft. Die Marktmiete ist sehr grosszügig berechnet. Die Liegenschaft gehörte früher der Stadt und diese zahlt jetzt sehr viel mehr als bis anhin. Deshalb muss das Sozialzentrum dringend den Standort am Helvetiaplatz beziehen.*

Raphaël Tschanz (FDP): *Wenn das Projekt Sozialzentrum wirklich so wichtig wäre,*

hätte man es im Budget beantragt. In einer Weisung vom Mai dieses Jahres wurden vom Stadtrat alle Schulen einzeln aufgeführt. Die zwei Projekte aber ausgerechnet nicht.

Thomas Schwendener (SVP): *Das Amtshaus Helvetiaplatz wurde uns in der Hochbaukommission schon lange vorgestellt. Es ist deshalb ordentlich einzustellen, zu budgetieren und nicht mit einem Zusatzkredit zu behandeln.*

S. 8	40 4040 3182 0000	Hochbaudepartement Immobilien-Bewirtschaftung Entschädigungen für Planungs- und Projektierungs- arbeiten Dritter		
16)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	7 000 000		Mehrheit Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	6 250 000		Minderheit Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	750 000		
	Begründung	Die Projekte «Rote Fabrik» und «Amtshaus Helvetiaplatz» streichen.		

Ausstand: Katharina Prelicz-Huber (Grüne)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 17)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): *Wir lehnen den Zusatzkredit aus grundsätzlichen Überlegungen heraus ab. 2014 wurden vom Elektrizitätswerk der Stadt (ewz) umfangreichere Investitionen getätigt als geplant. Alle Einzelkredite waren amtlich bewilligt und Bestandteile von Rahmenkrediten zum Bau von Anlagen im Geschäftsfeld Energiedienstleistungen. Das ewz plant nun im gleichen Umfang die Investitionen bei anderen Investitionskategorien zu reduzieren. Dadurch wird das Investitionsbudget des ewz gesamthaft zwar nicht überschritten, aber anstatt das Feld mit Zusatzkrediten auszuweiten, wäre mehr Zurückhaltung angesagt.*

Christian Traber (CVP): *Das ewz kompensiert die 12 Millionen Franken vollumfänglich auf anderen Konti. Dadurch wird kein anderes Projekt gestrichen, die Investitionsgelder werden nur verschoben.*

S. 8	45 4530 502940	Departement der Industriellen Betriebe Elektrizitätswerk Übrige Anlagen		
17)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	12 000 000	Mehrheit	Christian Traber (CVP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	12 000 000		
	Begründung	Langfristige Planung wäre möglich gewesen.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 20 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

2.2 Ordentliche Kreditübertragungen

Antrag 18)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Während der Übergangszeit ist im Museum pro Geschoss ein Themenschwerpunkt präsentiert worden. Die Exponate der Ausstellung waren Leihgaben. Die Umstände des Heimfalls waren so komplex und vom persönlichen Vertrauensverhältnis der Agierenden abhängig, dass eine öffentliche Ausschreibung für den Interimsbetrieb als nicht sinnvoll erachtet wurde. Es konnten vor dem Heimfall auch keine baulichen Abklärungen und Zustandsüberprüfungen gemacht werden. Bis vor kurzem war zudem unklar, ob die jetzige Baurechtsnehmerin das Haus leer übergeben will oder gewisse Kunstobjekte und Mobilien als Leihgabe zur Verfügung stellen wird. Nach 50 Jahren Betrieb im Baurecht war es offenbar nicht möglich voranzuplanen, was man mit dem Haus Le Corbusier macht, was man darin ausstellen soll und wer es betreibt. Im letzten Moment hat man auf die Ausschreibung verzichtet, weil das zu kompliziert und zeitlich zu knapp sei. Der Hintergrund ist aber ein anderer. Die Stadt will immer und überall an der Spitze sein. Weil keine Stiftung das Haus übernehmen wollte, wird es jetzt staatlich geführt. Wir lehnen die Kreditübertragung für das Heidi Weber Museum im Centre Le Corbusier ab.

Samuel Dubno (GLP): Vorgesehen war eine Stiftung, jetzt ist es ein Auftragsverhältnis als Übergangslösung. Aus diesem Grund muss der Betrag auf den entsprechenden Konten verbucht werden. Dies kostet die Stadt nicht mehr Geld, es handelt sich dabei allein um eine Kreditübertragung.

20 / 22

S. 9	15 1501 von 3652 0000 nach 3180 0000	Präsidialdepartement Kultur Kulturförderungsbeiträge Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter		
18)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	300 000	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
	Begründung	Konsequenz aus Antrag Nr. 3.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 20 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 19)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Auch dies ist eine Kreditübertragung ohne finanziell nachteilige Wirkung für die Stadt, aber dennoch muss dieser Posten genau angeschaut werden. In der Musikschule Konservatorium Zürich sollen Lehrerinnen und Lehrer durch Vikarinnen und Vikare ersetzt werden. Ein Vikariat wird dann benötigt, wenn sich die angestellten Lehrpersonen aus verschiedenen Gründen frei nehmen. Alle Schülerinnen und Schüler haben jedoch ein Anrecht auf eine feste Bezugsperson. Das Vikariatswesen sollte generell genauer angeschaut werden.

Andrea Nüssli (SP): Die Vikariatssituation ist in der Musikschule eine andere als in einer normalen Schule. Es ist wichtig, dass es diese Stellen gibt. Die Mehrheit der RPK stimmt der Kreditübertragung zu.

S. 11	50 5026 von 3020 0000 nach 3029 0000	Schul- und Sportdepartement Musikschule Konservatorium Zürich Löhne der Lehrkräfte Entschädigungen an VikarInnen		
19)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	170 000	Mehrheit	Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

21 / 22

	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
	Begründung	Konzeptlose Umsetzung der Übernahme Konservatorium Zürich.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 20 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivpunkte A–B

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivpunkten A–B.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivpunkte A–B.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 39 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

A. Für das Jahr 2014 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite I. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitionsrechnung Fr.
1. Zusatzkredite	9 991 600	12 691 000
2. Kreditübertragungen	+2 320 200 –2 320 200	+0 –0
Zusatzkredite brutto	9 991 600	12 691 000

22 / 22

B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
– den Zusatzkrediten von	9 991 600	12 691 000
– den Kreditübertragungen von	+2 320 200	+0
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
– verursachte Minderaufwendungen bzw. Minder- ausgaben aus den Kreditübertragungen von	–2 320 200	–0
– Minderaufwendungen/Mehrerträge bzw. Minder- ausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkredi- ten von	–351 000	–12 000 000
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	9 640 600	691 000

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 16. Juli 2014 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat